

Sechsmonatiger Kriegsdienst – Kompromiss zu Gunsten der Bundeswehr

Wenn drei politische Parteien Verhandlungen über einen strittigen Punkt führen, kommt häufig genug ein untauglicher Kompromiss dabei heraus. In der Frage der Wehrpflicht stand die Aussetzungsposition der FDP der Pro-Wehrpflicht-Position der Union entgegen. Heraus gekommen ist die Verkürzung der Dienstzeit von neun auf sechs Monate, die bis zum Januar 2011 umgesetzt werden soll. Vertreter der Koalitionsparteien deuten diesen Kompromiss in der jeweils eigenen Lesart als Erfolg. Die FDP trommelt, mit der Verkürzung sei das Ende der Wehrpflicht eingeleitet, während die Union darin eine Chance sieht, sie zu retten.

Die öffentliche Debatte dreht sich mitnichten um Sinn und Zweck der Wehrpflicht, auch nicht darum, ob ein sechsmonatiger Wehrdienst nicht der Offenbarungseid ist, grundgesetzwidrig die Kriegsdienstpflicht aufrechtzuerhalten, allein um des Dienens willens und nicht zum Zweck der „Landesverteidigung“. Das Augenmerk liegt vielmehr auf den Auswirkungen eines sechsmo-

natigen Zivildienstes auf den Sozialbereich. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Zivi-Profitteur darüber klagt, er könne mit sechs Monaten Dienst nichts anfangen. Von „Ausstiegsdrohungen“ war allerorten zu hören und zu lesen. Eine Drohkulisse, die nicht vergeblich aufgebaut wurde. Mittlerweile liegt ein Gesetzentwurf des CSU-geführten Kriegsministeriums, sekundiert vom CDU-geführten Familienministerium, vor, wonach Dienststellen einen längeren Zivildienst anbieten können. Kommt die Union damit durch, werden zukünftig die „guten“ und „attraktiven“ Plätze von vornherein auf 10-12 Monate ausgelegt. Will der Dienstpflichtige „lediglich“ die gesetzlich festgelegte Dauer von sechs Monaten leisten, muss er mit einem „heimatfernen“ Dienst rechnen.

Funktionswandel der Wehrpflicht

Wer heute davon spricht, dass die Verkürzung der Wehrpflicht ein Einstieg in den Ausstieg sei oder dass sechs Monate Wehrdienst keinen „Sinn machen“, der hat ent-

scheidende Militärreformen der vergangenen Jahre nicht zur Kenntnis genommen.

Die Bundeswehr, wie sie heute organisiert und strukturiert ist, hat SPD-Verteidigungsminister Struck zwischen 2002 und 2005 auf den Weg gebracht. Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2003 wurde der Auftrag der Bundeswehr faktisch um die Landesverteidigung verschlankt. Es heißt darin, dass die Strukturen für die „Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angriff (...) nicht länger benötigt“ und deshalb abgebaut werden. Die

Wehrpflicht bleibe weiterhin „unabdingbar“, aber nicht mehr für die „Landesverteidigung“, sondern für den „Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger einschließlich der Befähigung zur Rekonstitution (gemeint ist die Wiederherstellung der Landesverteidigung, d.Verf.) sowie die eventuelle Unterstützung bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen.“ Auf dieser Grundlage wies Struck an, die Bundeswehr „weiterzuentwickeln“ und den Grundwehrdienst bei neunmonatiger Dauer an den Erfordernissen einer Interventionsarmee auszurichten. Alle Rekruten, ob neunmonatig Grundwehrdienstleistender oder achtjährig Freiwilliger, durchlaufen seither die gleiche dreimonatige Grundausbildung. Die Folge der Neuausrichtung wird von vielen Dienstleistenden als „Gammeldienst“ beschrieben, da sie ohne eigentliche „militärische Aufgabe“ ab dem vierten Monat in den Kasernen hocken. Ein demotivierender Dienst ist aber wenig geeignet, Nachwuchs zu rekrutieren und auch der grundsätzlichen Bereitschaft zum Dienen abträglich.

Bundeswehr profitiert vom kürzeren Wehrdienst

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Wehrpflichtkompromiss für die Bundeswehr als Chance, die Wehrpflicht an die weltweit einsetzbare Interventionsarmee anzupassen. Die Dienstverkürzung ist für die Bundeswehr militärisch ohne jede Relevanz. Grundwehrdienstleistende haben in der jüngsten Vergangenheit wie auch zukünftig keine unmittelbare militärische Funktion. Ein kürzerer Dienst ist für Dienstleistende aber einfacher, „erlebnisorientierter“ und vermeintlich „sinnstiftender“. Und da die Verkürzung mit einer Stellenreduzierung gekoppelt wird, gewinnt die Bundeswehr sogar dreifach. Der Zugriff auf den Nachwuchs aus der Truppe heraus bleibt unverändert gewährleistet, während gleichzeitig der Aufwand, Wehrpflichtige „zu beschäftigen“, verringert werden kann. Und für die Betroffenen sinkt mit jeder Verkürzung des Dienstes der Leidensdruck, um Protest und Widerstand gegen die Wehrpflicht zu organisieren.

Mehr „Wehrgerechtigkeit“?

Von Fachpolitikern der FDP bis zu Guttenberg und Merkel wird die Verkürzung mit „mehr Wehrgerechtigkeit“ verbunden. Gemeint ist, dass die Schere zwischen Dienstleistenden und „Vergessenen“ kleiner wird.

Anzeige



Ab 2011 sollen für sechs Monate Dienstleistende 25.000 Stellen in der Bundeswehr zur Verfügung stehen. Rechnerisch ergeben sich daraus 50.000 Einberufungen pro Jahr. Gegenüber dem bislang vorgesehenen Stellenplan für 2011, der 30.000 Stellen bei neun Monaten vorsah, ein Plus von rechnerisch 6.250 Einberufungen. Angesichts von Jahrgangsstärken von durchschnittlich 380.000 jungen Männern, die in den kommenden Jahren in die Wehrpflicht hineinwachsen, ist dieser Beitrag zur „Wehrgerechtigkeit“ verschwindend gering.

Wenig beachtet wird hingegen, dass mit der Ankündigung von „mehr Wehrgerech-

tigkeit“ das Wehrpflichtanhängsel in der Freiwilligenarmee nochmals reduziert wird. Bei einem Umfang von 250.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr werden statt auf 30.000 zukünftig auf 25.000 Stellen Grundis dienen.

Das zentrale Instrument zur Militarisierung einer Gesellschaft ist und bleibt die Wehrpflicht. Ohne Wehrpflicht fehlt der Transmissionsriemen zwischen Truppe und Zivilwelt. Nicht, weil befürchtet wird, die Truppe entwickle ein demokratiefindliches Eigenleben (da helfen auch Rekruten nicht), sondern weil das Militär die gesellschaftliche Akzeptanz und Normalität verlore. So werden jedes Jahr 400.000

Haushalte mit der Bundeswehr konfrontiert, weil der Sohn, der Bruder, der Enkel, der Freund wehrrechtlich erfasst und zur Musterung geladen wird. Die hartnäckige Verteidigung der Kriegsdienstpflicht findet hierin ihren eigentlichen Grund.

Ralf Siemens

Der Autor ist Diplom-Politologe und Mitarbeiter der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (asfrab)



Buchtipps

Der politische Nachwuchs auf dem Prüfstand

Zum Buch von Thomas Leif „Angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle“, München 2009



und Regierenden nicht zu stören, z.B. wie die SPD-Spitze unter Müntefering. „Die Machtmechanik der führenden Politiker funktioniert auch ohne die Legitimation einer breiten Basis. Wahrscheinlich lässt sich ohne Rückkoppelung mit einer zunehmend verstörten, unberechenbaren Parteibasis und ohne deren Impulse sogar bequemer regieren...“, so Thomas Leif in seinem Buch. Das Primat der Politik wird immer mehr ausgehöhlt und das Mitregieren von Verwaltung und Wirtschaft wird zur Normalität. Die gegenwärtige parlamentarische Demokratie erlaubt erstaunlicherweise Gesetzentwürfe und Ausgabenvorschläge durch Firmenvertreter oder Wirtschaftsverbände. Der Souverän, das Volk, antwortet mit Parteiaustritten, Wahlboykott, Politikverdrossenheit und Entpolitisierung auf die Krise der sog. repräsentativen Demokratie. Thomas Leif spricht sogar von Demokratie-Entfremdung und Demokratie-Distanz.

Der Protest, das Aufbegehren der Jüngeren blieb und bleibt aus. Was bislang für typisch im Verhalten jeder Generation bei ihrem Schritt vom Kind zum Erwachsenen galt, die Abwehr und Ablehnung der Erwachsenenwelt, fiel bei der Generation zwischen 25 und 40 anscheinend völlig aus. Hat diese Generation abseits von medialen, allzu griffigen Sprachgirlanden neue politische Vorstellungen und Visionen in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht?

In Interviews mit jungen Berufspolitikern, Fachleuten und Journalisten, durch die Auswertung von wissenschaftlichen Stu-

dien und Analysen, geht der Autor den Problemen der Rekrutierung des politischen Nachwuchses und seines Politikverständnisses nach. Der Autor stellt u.a. die Familienministerin Kristina Schröder (CDU), als Beispiel für ein neoliberales Mainstream-Produkt, Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), als erfolgreichen Schleusenwärter der Macht, die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, ein Beispiel wie man trotz des „Etiketts links“ nach oben kommt, auf den Prüfstand. Auch die Jugendorganisationen der Parteien, eingeklemmt zwischen die Alternativen Rebellion oder Koffertragen, Ich-AG oder Ochsentour, untersucht das Buch.

Wie weit geht die Anpassung an den Mainstream der jüngeren Parlamentarier? Haben sie außer ihrer Jugend etwas Eigenständiges einzubringen? Unterliegen die Parteien bei der Auswahl ihrer Nachwuchspolitiker dem Diktat des gesellschaftlich verordneten Jugendlichkeitskults und der Angst vor selbständig denkenden, kantigen Charakteren? Droht Deutschland, wie der Autor Thomas Leif behauptet, der politische Stillstand angesichts solchen parlamentarischen Nachwuchses?

Interessant ist das umfangreiche und sehr gut gegliederte Werk, auch wenn man nicht jedes Urteil und jeder Konsequenz des Autors folgen mag.

Klaus Körner

82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben kein oder nur wenig Vertrauen in die Parteien (ARD Deutschlandtrend Juni 08). Die großen Parteien schrumpfen rasant. Hatte beispielsweise die SPD 1976 noch mehr als eine Million Mitglieder, ist es heute kaum die Hälfte. Das auf Volksparteien aufbauende Demokratie-Modell des Grundgesetzes steht so zur Disposition. Die gesellschaftliche Willensbildung, die lange durch die Diskussionen in den Parteien bestimmt wurde, ist längst von den Medieninszenierungen übernommen worden. Dass die Parteibasis jedoch immer mehr im Meinungsbildungsprozess fehlt und deshalb die Legitimation von Politik schwindet, scheint die Spitzenfunktionäre